

Freimuth (SPD): „Wir schaffen Hürden für das Ballungsraumfernsehen aus dem Weg“

Einstimmig hat sich die SPD-Landtagsfraktion für eine Änderung der Regelung zur Verlegerbeteiligung an Rundfunkveranstaltern ausgesprochen. Auch der Koalitionspartner hat dem Textvorschlag der SPD-Fraktion zugestimmt. „Mit der jetzt vorgesehenen Generalklausel, die auf eine Einzelfallprüfung durch die Landesanstalt für Medien hinausläuft, wahren wir die verfassungsrechtlichen Grenzen, setzen aber gleichzeitig die Ampeln auf Grün für tragfähige und zukunftsweisende Konzepte der Veranstaltung von Ballungsraumfernsehen“, erklärte der stellvertretende medienpolitische Sprecher der Fraktion, Dr. Frank Freimuth.

Verfassungsrecht gebietet es, mit gesetzlichen Regelungen die Herausbildung einer vorherrschenden Meinungsmacht durch die Beteiligung an Rundfunkveranstaltern zu unterbinden. Mit der Regelung, auf die sich die Koalitionsfraktionen nun verständigt haben, wird festgelegt, dass Presseunternehmen, die in einem Verbreitungsgebiet eine marktbeherrschende Stellung im Zeitungs- oder Zeitschriftenmarkt innehaben, auf Rundfunkveranstalter weder unmittelbar noch mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben dürfen. Damit obliegt es der Landesanstalt für Medien, in jedem Einzelfall festzustellen,

ob die Grenzen des Zulässigen noch eingehalten sind.

Frank Freimuth wies darauf hin, dass die SPD-Fraktion sich stets für das Ballungsraumfernsehen eingesetzt habe. In den letzten Wochen und Monaten seien verfassungsfeste Lösungen erarbeitet worden, die gleichzeitig das Verlegerengagement in diesem Feld nicht unnötig erschweren oder unmöglich machen. „Vor allem haben uns viele sehr sachlich und konstruktiv geführte Diskussionen beim Medienforum NRW in Köln weitergeholfen“, so Freimuth, „mit der jetzt gefundenen Lösung sind wir auf einem guten Weg.“

CDU: Umstrittenes Landeshundegesetz zurückziehen

Wegen der massiven Expertenkritik am Landeshundegesetz fordert die CDU-Landtagsfraktion die rot-grüne Regierungskoalition auf, ihren umstrittenen Entwurf zurückzuziehen. „Die Kritik der Fachleute am rot-grünen Gesetzentwurf war vernichtend“, sagt der stellvertretende Vorsitzende und agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Eckhard Uhlenberg. Seine Schlussfolgerung: „Da helfen keine Reparaturen mehr, da hilft nur noch einstampfen und komplett neu machen.“ „Ich habe bisher noch keine Anhörung erlebt, in der ein Gesetzentwurf derart mas-

siv von Sachverständigen kritisiert worden ist“, erläutert Uhlenberg. In allen zentralen Punkten stellten die Experten dem Gesetzentwurf ein vernichtendes Zeugnis aus: Bemängelt wurden Rasselisten, die nur eine Scheinsicherheit vortäuschen, sowie Anleinpflichten, von denen Hunderttausende Hundehalter und ihre Tiere zu Unrecht drangsaliert würden.

Uhlenberg: „Die Ignoranz der rot-grünen Landesregierung ist ärglicher. Anerkannte Fachleute wurden nicht ernst genommen, stattdessen wird die Öffentlichkeit für dumm verkauft. Das ist unerträglich.“ Der

CDU-Politiker verweist auf die Übergabe von 50 000 Protestunterschriften an den Landtagsvizepräsidenten im Juni. „Wenn Ministerin Höhn und die Koalitionsfraktionen immer wieder behaupten, die Menschen hätten sich mit der Situation abgefunden, dann kann ich nur feststellen: Hochmut kommt vor dem Fall“, kritisiert Uhlenberg.

Die CDU sei jederzeit bereit, mit den anderen Fraktionen und unter frühzeitiger Einbindung von Experten einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der die Menschen vor tatsächlich gefährlichen Hunden sowie verantwortungslosen Züchtern und Haltern schützt, kündigt Uhlenberg an.

FDP: Späte Einsicht beim Landesmediengesetz

Was den Sachverständigen bei der Anhörung und wiederholten Intervention der FDP bisher versagt blieb, ist den vereinigten Kritikern am Rande des Kölner Medienforums in der vergangenen Woche doch noch gelungen: Die unhaltbaren Restriktionen der Verlegerbeteiligung am Ballungsraumfernsehen und bei tv.nrw werden doch noch aus dem Gesetz gestrichen. „Damit hat die Landesregierung gerade noch rechtzeitig auf der Zielgeraden das Landesmediengesetz im Sinne der FDP geändert und die rot-grünen Koalitionäre zur Vernunft gebracht“, sagte der medienpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Stefan Grüll.

Noch im März hatte Clement die abenteuerlichen Beschränkungen mit dem Verfassungsrecht begründet. Kurz vor der zweiten Lesung im Plenum dann die späte Einsicht beim Ministerpräsidenten. Clement spricht sich für die Streichung der Beschränkungen in § 33 IV aus und zwingt fünf Minuten vor zwölf seine Partei und den Koalitionspartner zum Einlenken.

Damit ist den von der FDP für die zweite Lesung erneut beantragten Änderungen des § 33 entsprochen worden, das heißt, es wird keine Begrenzung bei den Stimmrechts- bzw. Kapitalanteilen geben und die ungehinderte Zulieferung eigenproduzierter Pro-

grammteile wird ermöglicht. Dies ist die Grundlage für eine weiterhin positive Entwicklung bei tv.nrw und der parlamentarische Startschuss für Ballungsraumfernsehen in Nordrhein-Westfalen.

Grüll: „Die zuvor vorgesehenen Zulieferungsbeschränkungen und Beteiligungsbeschränkungen hätten den wirtschaftlichen Kollaps für tv.nrw und das Ende aller Ballungsraumfernseher-Fantasien in NRW bedeuten.“ Die FDP hat daher frühzeitig Anträge eingereicht mit dem Ziel, auf Beschränkungen bei der Programmzulieferung gänzlich zu verzichten.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen



Über Kunst und ihre soziokulturelle Wirkung

sprach der Intendant der RuhrTriennale Gerard Mortier (M.), der auf Einladung des kulturpolitischen Sprechers Oliver Keymis bei der GRÜNEN-Landtagsfraktion zu Gast war. Mortier, der von der Fraktionsvorsitzenden Sylvia Löhrmann (r.) herzlich begrüßt wurde, hat für die ersten drei Jahre die künstlerische Leitung bei der RuhrTriennale übernommen. Er stellte drei Fragen, welche die Plattform seiner Überlegungen bilden: Was ist klassisch? Was bedeutet interkulturell? Und: Wie gehen wir mit unseren Traditionen, „mit unserem kulturellen Erbe“ um, von dem André Malraux sagte, es sei „der Teil, der uns hilft zu leben“. Gerard Mortier machte in Gegenwart des grünen Kulturministers Michael Vesper deutlich, wie wichtig das Engagement des Landes sei, da man so zum Beispiel ein Viertel des Kartenkontingents für nur zehn Euro anbieten könne. Links im Bild Rüdiger Sagel (GRÜNE).